

Haushaltsrede Bad Driburg 2019

Sperrfrist 4.2.2019 Redebeginn
Es gilt das gesprochene Wort!



Fraktion im Rat Bad Driburg

Sprecherin

Martina Denkner
Weißenborn 3
33014 Bad Driburg
Tel 05253 930980
m.denkner@t-online.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

Haushaltsreden gelten ja im Allgemeinen als die Chance, auch mal etwas emotional mit den Ereignissen des vergangenen Jahres und den Perspektiven, die der jeweils vorgelegte Haushaltplan aufzeigt oder eben nicht aufzeigt, „abzurechnen“.

Aber, wir GRÜNE sind der Auffassung, dass die Lage in diesem Jahr viel zu ernst ist, um sich Emotionen leisten zu können.

Daher haben wir uns an die gute Tradition der Buchhalter gehalten, „Soll und Haben“ ganz sachlich miteinander zu vergleichen.

Schauen wir uns also zunächst die „Haben-Seite“ an.

Ja, da hat dieser Haushalt einiges aufzuweisen:

Erstmals steht nicht nur der beschlossene Plan, sondern auch der Haushaltsplan-Entwurf, über den wir gleich abstimmen, auf der homepage der Stadt.

Das ist ein kleiner Schritt für die EDV, aber ein großer Schritt in Richtung Bürgernähe.

Wir anerkennen das ausdrücklich und danken dem Kämmerer an dieser Stelle!

Unseren Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der einzelnen Produkte, die unsere Fragen – es waren immerhin drei eng beschriebene DINA-4-Seiten – sehr gut beantwortet haben. Bitte übermitteln Sie das den Damen und Herren der Verwaltung!

Einige Dinge müssen zwar noch geklärt werden, aber darum kümmern wir uns!

Umso deutlicher kritisieren wir an dieser Stelle die Volkshochschule, die wiederholt keine Leistungsdaten zur Verfügung stellt. Das geht gar nicht! Wir beantragen daher, die Leitung der Volkshochschule in eine der kommenden Sitzungen des Haupt- und Finanzausschusses einzuladen, um ihr Gelegenheit zu geben, die Daten nachzuliefern.

Wir sind immer noch auf der Haben-Seite.

Denn wichtige Maßnahmen wie

- der Ankauf der Eggelandklinik,
- die Umsetzung der Wegeverbindung am Katzohlbach praktisch vom Bahnhof bis in die Innenstadt im Grünen und abseits des Autoverkehrs,
- und endlich wird die Lange Straße fertig,

- und der Radweg Reelsen kommt in greifbare Nähe, - und hier möchte ich ausdrücklich dem Stellvertretenden Landrat Heinz-Günter Kossmann für seinen engagierten Einsatz in der Verkehrskommission des Regionalrates und Matthias Goeken beim Landesbetrieb Straßen NRW danken -

alle diese wichtigen Maßnahmen sind mit diesem Haushaltsplan finanzierbar.

Wir stehen hinter diesen Maßnahmen, weil sie für die Bürgerinnen und Bürger wichtig sind. Auch wenn sie die Schuldenlast der Stadt erhöhen. Darlehen, die für Investitionen verwendet werden, die also auf der anderen Seite das Vermögen der Stadt erhöhen, tragen wir mit.

Auch auf der Haben-Seite: die Kreisumlage. Ein Glück, dass der Kreistag in seinem Haushalt wieder dafür sorgt, dass die Kommunen nicht allzu sehr belastet werden.

So ein Zwitter-Ding in unserer Soll- und Haben-Betrachtung ist die Therme: positiv ist ganz klar anzumerken, dass inzwischen alle Kolleginnen und Kollegen im Rat davon ausgehen, dass dringend etwas geschehen muss. Es müssen Investitionen getätigt werden, aber der Driburg Therme ist es in den 25 Jahren ihres Bestehens nicht ein einziges Mal gelungen, eine schwarze Zahl zu schreiben. Doppelt so teuer in der Erstellung wie geplant, fehlen dem Betrieb jedes Jahr rund 1 Mill. €.

25 Jahre mal 1 Mill. €. Diese Tatsache wurde lange verdrängt, beiseite geschoben und totgeschwiegen.

Nun gibt es einen offensichtlichen Investitionsstau, der seit Jahren nicht angepackt worden ist, vor dem man die Augen auch nicht mehr verschließen kann. Und wir stehen nach 25 Jahren Betrieb der Therme vor der Situation, auf keinerlei Rücklagen zurückgreifen zu können; auch diese Last muss also wieder der Steuerzahler schultern.

Und so kommen wir direkt und ohne Umwege zur „Soll-Seite“ des vorliegenden Haushaltsplanes.

Ganz oben steht da der Stellenplan. Wir haben dort Kostensteigerungen von rund 1 Mio. €, das ist schon ein Batzen, aber neue Stellen in der Kita sind unumgänglich, Tarifsteigerungen ebenfalls und natürlich völlig in Ordnung,

Problematisch wird's, wenn niemand so recht weiß, ob der im Haushaltsplan festgelegte Stellenanteil wirklich dem entspricht, was dem jeweiligen Produkt zugeordnet ist. Beispiel: der Bereich der Gleichstellungsbeauftragten.

Eine gewisse Unschärfe ist sicher ein zu vernachlässigendes Problem. Personalwechsel finden eben nicht immer pünktlich zum 1.1. statt. Aber es hat sich herausgestellt, dass diese „Unschärfe“ doch erheblich ist.

Denn der Personalhaushalt ist nun mal der größte Ausgabenblock in unserem Haushalt. Die Verwaltung misst diesem Umstand bedauerlicherweise offensichtlich wenig Bedeutung zu. Angesichts des hohen Verlustes im Haushalt, der langfristig - ohne Gegenstrategie - erhalten bleibt, muss dieser Kostenblock stärker bzw. überhaupt erst einmal sachlich und unvoreingenommen in den Blick genommen werden.

Gerade weil sich der städtische Haushalt inzwischen so gut in das NKF-Gefüge im Laufe der letzten Jahre eingefunden hat, ist es bedauerlich, dass der Stellenplan offenbar deutlich hinterher hinkt.

Daran müssen wir also arbeiten, lieber Personal-Chef. Sie haben dabei unsere volle Unterstützung, wir werden uns kümmern.

Denn warum soll im Stellenplan etwas nicht gehen, was der Haushaltsplan als Ganzes leisten kann und seit Jahren immer besser leistet?

Sehr geehrte Damen und Herren, jedes Jahr frage ich an dieser Stelle den Bürgermeister, ob er nur 1 Vierteljahresgespräch mit dem Personalrat für angemessen hält. Denn Vierteljahresgespräche sollten – das sagt schon der Name - wohl in jedem Vierteljahr geführt werden. Und dann müssten es doch auch vier Gespräche sein, oder?

Auffällig sind in diesem Zusammenhang die vielen Beförderungen in diesem Stellenplan. Klar, wer würde sich nicht über eine Beförderung freuen? Aber es gibt noch eine andere Währung, in der gegenüber Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Wertschätzung des Arbeitgebers ausgedrückt wird. Und die hat etwas damit zu tun, ob Menschen gern zur Arbeit kommen, ob sie in ihrem Arbeitsumfeld selbständig handeln können, und damit, dass ihre Arbeitsleistung anerkennend wahrgenommen wird.

Ich persönlich glaube, dass hier noch ein weitgehend unbeackertes Feld vor uns liegt.

Aber kommen wir zu dem eigentlichen Problem, welches uns GRÜNE bestimmt hat, diesen Haushaltsplan abzulehnen.

2 Mio. € städtisches Geld werden in das Unternehmen „Gräflicher Park“ gepumpt, wohl gemerkt, der „Gräfliche Park“ ist nichts als ein Teil der Unternehmensgruppe Oeynhausensierstorpf, ein privates Unternehmen also. Der Bereich „Gräflicher Park“ betreibt den Kurpark, aber nicht nur, da gibt es weitere Geschäftsfelder.

Nun hat die Mehrheit des Rates versucht, verschiedene Sicherungsmaßnahmen in den so genannten Interims-Vertrag einzubauen, damit das Geld zweckgebunden verwendet wird und möglicherweise zurück gezahlt wird bzw. zurück gezahlt werden kann. Das ist gut, für diese Sicherungsmaßnahmen haben wir uns sehr eingesetzt. Allerdings reichen sie uns nicht aus, ja wir haben den besagten Interimsvertrag abgelehnt, weil die von unserem Rechtsberater vorgeschlagenen Sicherungsmaßnahmen plötzlich stark aufgeweicht wurden.

Mit dem Punkt „Sicherheitsmaßnahmen für eine evtl. Rückzahlung“ der erheblichen Steuerzahlergelder, die in ein privates Unternehmen fließen, finden die positiven Aspekte allerdings ein abruptes Ende.

Wir wollen hier gar nicht intensiv in die Zahlen einsteigen. Natürlich kann man sich viel „schönrechnen“. Aber unterm Strich bleibt eine Lücke zwischen Einnahmen aus den Kurbeiträgen und Zahlungen an ein privates Unternehmen. Und diese Lücke, egal ob es sich um 600.000€, um 300.000€ oder um 500.000€ handelt, diese Lücke zahlt der Steuerzahler. Wir haben großes Verständnis für den Kämmerer, der in seiner Not damit rechnet, diese Lücke ganz oder teilweise mit der Rückerstattung der Umsatzsteuer zu schließen. Ja, das könnte – ich sage könnte – den städtischen Haushalt entlasten.

ABER, und dieses Aber muss in Großbuchstaben geschrieben werden, so glücklich dieser Umstand auch für den Kämmerer sein mag, gerade dieses Geld stammt ja direkt von Steuerzahlern. Das ist bei der Umsatzsteuer, allgemein als Mehrwertsteuer bekannt, praktisch Jede und Jeder. Mehrwertsteuer zahlen Millionäre, aber auch Hartz4-Empfänger, Grundversicherungsempfänger und die Frau mit der kleinen Rente, die vorn und hinten nicht reicht, weil sie in ihrem Erwerbsleben meist Minijobs hatte.

Diese Umverteilung von Mehrwertsteuer in das Unternehmen Oeynhausensierstorpf empfinden wir GRÜNE als zutiefst empörend! Nun hat die SPD-Fraktion im Rat diesen unseligen Vertrag mit aller Kraft vorangetrieben. Was das mit sozialdemokratischer Politik zu tun hat, ist uns GRÜNEN unerklärlich.

Der Scherbenhaufen, der vor uns liegt, besteht aus einem dicken Loch im städtischen Haushalt, aus einem dicken Image-Schaden für den Touristikbereich und aus einem mehr als angeschlagenen Verhältnis zu den wichtigsten Arbeitgebern im Kurbetrieb, und das ist nicht der Park, das sind die Klinken.

Es ist mehr als bedauerlich, dass letztlich die Bürgerinnen und Bürger diese Rechnung bezahlen müssen. Das machen wir nicht mit!

Wir möchten es noch einmal deutlich sagen: dieser Haushaltsplan ist im Gegensatz zu dem des Vorjahres eben „nicht Enkeltauglich“, ganz und gar nicht!

Die vielen kleinen, aber wichtigen Fortschritte hin auf eine Konsolidierung der städtischen Finanzen, die in den vergangenen Jahren mühsam erkämpft wurden, sind mit dem Federstrich unter diesen unseligen Vertrag zunichte gemacht worden.

Daher müssen wir uns nun alle in den kommenden Monaten zusammenraufen und versuchen, aus der Zwickmühle wieder heraus zu kommen. Wir GRÜNE haben dazu bereits Vorschläge gemacht. Und wir sind zur Mitarbeit, egal in welchem Gremium, bereit und wir sind hoch motiviert.

Wir möchten das in diesem Falle mit Baruch Spinoza zusammenfassen: „Die Tugend des freien Menschen zeigt sich ebenso großartig im Vermeiden wie im Überwinden von Gefahren.“